

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 21./22./23.02.2024

Zur 28. Sitzungsperiode des Landtages standen 31 Themen auf der Tagesordnung, zu denen am 21., 22. und 23. Februar debattiert und abgestimmt wurde.

#aktuell debattiert

Wo bleibt die Gerechtigkeit? Anerkennung erworbener DDR-Rentenansprüche muss erfolgen

Seit der Einführung der Stiftung zum Fonds zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler*innen bestand die Möglichkeit, dass die Landesregierung Sachsen-Anhalts der „Stiftung Härtefallfonds“ beitrifft, um damit die Einmalzahlung zu verdoppeln. Zum 31.01.2024 ist die Frist zur Beantragung von Leistungen aus dem Härtefallfonds abgelaufen. Dennoch wurde nur eine geringe Zahl an Anträgen aus Sachsen-Anhalt gestellt. Rund 2.000 Rentner*innen aus Sachsen-Anhalt haben Anträge gestellt, wovon aber gerade einmal 80 bewilligt und gleichzeitig 226 Anträge abgelehnt wurden. Dementsprechend zeigt sich, dass der Härtefallfonds in der bestehenden Form die inakzeptablen Kürzungen und Streichungen der Rentenansprüche bei der Rentenüberleitung weder ausgleicht noch diesen gerecht werden konnte.

Monika Hohmann, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, betont in der aktuellen Debatte um die Gerechtigkeit bei DDR-Rentenansprüchen im Landtag: „Die Ankündigung eines Härtefallfonds für DDR-Renten hatte damals riesige Hoffnungen geweckt. Seit Dezember 2022 hat meine Fraktion das Thema Rentengerechtigkeit und Härtefallfonds regelmäßig im Landtag auf die Tagesordnung gesetzt.“

Gleichzeitig bleiben wir bei unserer Forderung an den Bundesgesetzgeber, endlich abzusichern, dass Arbeit und Leben in der DDR genauso viel wert seien wie in der alten Bundesrepublik. „Die nach wie vor bestehenden Ungerechtigkeiten widersprechen der Würdigung ostdeutscher Lebens- und Arbeitsleistung. Erst durch die Anerkennung ihrer Zusatzansprüche würden viele ehemalige Facharbeiterinnen und Facharbeiter auf Augenhöhe mit Renten für vergleichbare Berufsgruppen im Westen kommen. Deshalb ging es nicht allein um Armutsbekämpfung durch einen Härtefallfonds für nur einen Bruchteil der Betroffenen, wie ihn die Bundesregierung plante, sondern ebenso um die Schaffung eines deutlich umfangreicheren Gerechtigkeitsfonds,“ so Monika Hohmann.

Mit der AfD gibt es nichts zu besprechen, schon gar nicht über den Schutz der Demokratie

In der aktuellen Debatte um die von der Bundesinnenministerin geplanten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus betont **Henriette Quade**, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE: „Was liegt uns hier eigentlich vor? Ein Antrag der extremen Rechten auf eine aktuelle Debatte, der einem altbekannten Muster folgt: es wird vermeintliche Sorge um jene Demokratie vorgetäuscht, welche die AfD zerstören will. Dazu wählt die AfD Formulierungen, die sonst in Reden und Texten genutzt werden, um ihr Agieren zu analysieren und bringt sie gegen ihre politischen Gegnerinnen und Gegner in Stellung. Da wird dann ein Mitglied der Bundesregierung und Sozialdemokratin wie Bundesinnenministerin Faeser vom AfD-Bundestagsabgeordneten Ziegler Faschistin genannt, da wird, wer elementarste Grundsätze der Demokratie verteidigt, zum Demokratiefeind erklärt.“

Schauen wir noch mal auf den Titel, dort lesen wir von einem „Faeser-Putsch“. Der Name der Bundesministerin für Inneres und Heimat verbunden mit dem Wort „Putsch“. In der jüngeren deutschen Geschichte finden wir vergleichbare Verbindungen prominent zwei Mal. Historikerinnen und Historiker beschreiben u.a. mit „Hitler-Putsch“ den Versuch von Nationalsozialisten, im Jahr 1923 die Regierung in Berlin zu stürzen. Und eben jene Nationalsozialisten erfanden und prägten in

ihrer Propaganda elf Jahre später die Rede vom „Röhm-Putsch“, um die Ermordung von mindestens 90 Mitgliedern der nationalsozialistischen Führung vermeintlich zu rechtfertigen. Wer heute den Namen eines Politikers mit einem Bindestrich mit dem Begriff „Putsch“ verbindet, der weiß das natürlich. Die extreme Rechte weiß das allemal. Was soll hier also angedeutet werden?

Wo wird denn tatsächlich ein gewaltsamer Umsturz geplant, wo wird denn an einem Putsch gearbeitet? In der extremen Rechten. Deren zentrale Kraft ist die AfD. Umsturzpläne, die Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Neonazis, eine Konferenz zur Planung der millionenfachen Vertreibung von Menschen – die historischen Bezüge schafft die AfD nicht nur in Titeln. Sie schafft sie jeden Tag als Teil ihres Kampfs gegen Demokratie, gegen Freiheit, gegen soziale Gerechtigkeit. Und wer sich dagegen wehrt, der findet – und das ist mehr als ein historischer Bezug – Hakenkreuze an seinem eigenen Wohnhaus, wie zuletzt geschehen bei der Präsidentin des Landtags von Thüringen oder der wird mit einem Brandanschlag angegriffen, wie der Kollege von der SPD-Fraktion in Thüringen, Michael Müller. Der Kampf der extremen Rechten ist ein gewaltsamer, brutaler Kampf. Immer. Volle Solidarität an dieser Stelle an die Kolleg*innen in Thüringen.

In den vergangenen Wochen haben wir aber noch etwas anderes gesehen. Wir haben gesehen, wie hunderttausende Menschen in der gesamten Bundesrepublik und in Sachsen-Anhalt, ob in den großen Metropolen oder in den kleinen Dörfern, auf die Straße gegangen sind. Immer und immer wieder. Gegen die extreme Rechte, gegen die AfD. Die AfD hat mal plakatiert „Vollende die Wende“ – Tatsache ist: Wir haben erst kürzlich in Halle die größte Demonstration seit 1989 gesehen. Die größte Demonstration, weil kein anderes Anliegen seitdem so viele Menschen auf die Straße gebracht hat wie die Verteidigung der Demokratie, und zwar die Verteidigung der Demokratie gegen die AfD.

Viele der Demonstrationen haben auch die Forderung nach einer Prüfung eines Verbotes der AfD zur Forderung gehabt. Ausgelöst wurden sie auch durch die für alle sichtbar gewordene Vernetzung von AfD, Konservativen und Mitgliedern der „Identitären Bewegung“. Wer richtigerweise über ein AfD-Verbot nachdenkt, der muss erst recht über ein Verbot der „Identitären Bewegung“ nachdenken. Hier muss die Bundesinnenministerin schnell handeln und die vorhandenen Instrumente auch anwenden. Denn – schauen wir nun auf das Papier, gegen das die extrem Rechten hier anreden – finden wir dort Punkt acht, „Rechtsextreme Netzwerke zerschlagen“. Doch, und das ist insgesamt das Problem mit diesem Papier, das ständige Ankündigen von Maßnahmen kann diese nicht ersetzen. Wo ist das Demokratieförderungsgesetz? Bis heute ist es nicht verabschiedet, obwohl wir spätestens seit den NSU-Untersuchungsausschüssen wissen, wie dringend es gebraucht wird. Aber die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen bleiben weiter gefangen in einem Kampf mit der FDP, die nicht regieren will, sondern es als wesentliche Leistung betrachtet, die anderen vom Regieren abzuhalten. Das gilt auch für die Entwaffnung von Rechtsextremisten. Hier liegt seit mehr als einem Jahr ein Entwurf des Bundesinnenministeriums vor, bis heute ist daraus kein Gesetz geworden. Während hunderttausende Menschen bundesweit aus Sorge um die Demokratie und die Freiheit dieser Gesellschaft auf die Straße gehen, können sich SPD, Grüne und FDP nicht mal darauf einigen, der extremen Rechten kriegswaffenähnliche Halbautomatikwaffen wegzunehmen.

Die Antwort auf die Demonstrationen wären nicht die Wiederholungen der Ankündigungen überfälliger Maßnahmen durch die Bundesinnenministerin, sondern ihre Umsetzung. Noch nötiger als Reden von Politiker*innen des Landtags auf den verschiedenen Demos wäre sich mit der Frage auseinanderzusetzen, was im Land besser laufen muss, um rechte Gewalt zu ahnden und zu bekämpfen. Wenn z. B. die politische Motivation der schweren Angriffe in Seehausen und die Abwertung und Feindmarkierung der Betroffenen durch die Angreifenden als „Zecken“ vor Gericht nicht gewürdigt werden, obwohl die Richtlinien zum Umgang mit politisch motivierter Gewalt das vorsehen, dann gibt es hier Handlungsbedarf.

Hunderttausende machen gerade richtigerweise deutlich, dass es mit der AfD schlichtweg nichts zu verhandeln gibt, dass sie gestoppt und ein Verbot ernsthaft geprüft werden muss. Eine adäquate Antwort dieses Landtags darauf wäre es auch, zu überlegen, ob es wirklich noch angemessen ist, über jede rechtsextreme Propaganda in diesem Haus ausführlich zu debattieren, wie wir das heute

wieder getan haben. Mit der AfD gibt es nichts zu besprechen, schon gar nicht über den Schutz der Demokratie.“

#Abberufung

Ulrich Siegmund als Vorsitzender des Sozialausschusses abberufen

Auf Antrag von 56 Mitgliedern des Landtags von Sachsen-Anhalt sollte der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Ulrich Siegmund (AfD) abberufen werden. Der bei einem Treffen mit Rechtsextremen und Antisemiten diskutierte „Masterplan“ folge ganz offenkundig einem „ausschließlich an ethnischen Kategorien orientierten Begriff des Volkes“, den das Bundesverfassungsgericht als „verfassungsrechtlich unhaltbar“ und als „Missachtung der Menschenwürde“ einordne. Der Abgeordnete Siegmund sei aufgrund seiner Teilnahme am Treffen und fehlender Distanzierung weder für die Leitung des Ausschusses noch für die Vertretung des Ausschusses gegenüber den in diesen Bereichen tätigen Menschen und Institutionen geeignet.

In der Debatte im Landtag um die Abberufung von Ulrich Siegmund als Ausschussvorsitzenden betont **Eva von Angern**, Fraktionsvorsitzende: „Die Fraktion DIE LINKE stimmt heute für die Abberufung des AfD-Politikers Ulrich Siegmund als Ausschussvorsitzender. Diese Abwahl ist ein Stoppzeichen. Sie ist unser Beitrag als Abgeordnete, im definierten Rahmen der Geschäftsordnung des Landtages. Wer Menschenrechte nach rassistischen Kriterien definiert, der ist als Vorsitzender des Sozialausschuss nicht tragbar. Gerade dieser Ausschuss ist dazu da, soziale Sicherheit und Zusammenhalt zu fördern, Menschen zu integrieren. Diese Ziele verbinden wir nicht mit Ihnen - und die Öffentlichkeit tut dies ebenso nicht. Deshalb setzen auch über drei Millionen Menschen seit Wochen ebenfalls Stoppzeichen. Stoppzeichen gegen Rassismus und gegen die AfD. Wir erleben die stärkste bundesweite Protestwelle seit 30 Jahren. Die Correctiv-Recherchen haben vielen die Augen geöffnet, wie bedroht unser Zusammenleben bereits ist.“

Herr Siegmund, Sie haben die Einladung nach Potsdam sicherlich gern angenommen. Ein Treffen mit Geldgebern und erfahrenen Nazikadern. Sie arbeiten Hand in Hand mit obskuren Figuren, die auch acht Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch immer vom 1000jährigen Reich träumen. Sie, Herr Siegmund von der AfD, waren von solchen Leuten eingeladen, weil Ihre Fraktion politischen Einfluss hat. Genau diese Mischung rüttelt die Republik auf. Sie basteln bereits am Umsturz. Im Kontrast zum schicken Potsdamer Ambiente gedeihen die widerlichsten Ideen. Millionen Menschen wollen sie über den Erdball verschieben. Und niemand in ihrer Runde dort war über sich selbst entsetzt. Herr Siegmund bereut nichts. Beim Treffen sagt er, sei er als Privatmann gewesen. Aber niemand dort hätte sich ohne das Landtags-Mandat für Sie interessiert. Es geht um politische Durchsetzungsmöglichkeiten: Sie sollen den Mist umsetzen, der dort geplant wird. Und das hat sie nicht gestört. Das ist die schreckliche Wahrheit. Deshalb sind Sie als Ausschussvorsitzender nicht tragbar.“

Mit einem klaren Votum von 71 Fürstimmen war der Abberufungsantrag erfolgreich.

#Gesundheit

Kalte Strukturreform der Krankenhäuser verhindern

Die Krankenhäuser im Land verzeichnen wachsendes Defizit. Inflation, Folgen des Ukrainekrieges, fehlende Investitionen des Landes aber eben auch das unsolidarische System der Fallpauschalen verschärfen die Situation. So kommt es zu Schließungen von Stationen. Sachsen-Anhalt muss als Flächenland seinen eigenen Weg finden, wie eine gute Krankenhausentwicklung mit Beachtung der demografischen Situation geplant wird. Diese muss umgehend beginnen, bevor eine kalte Strukturbereinigung zu weiteren, unterversorgten Regionen führen wird, fordert DIE LINKE in ihrem Antrag (Drs. 8/3728).

Nicole Anger, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, betont in der Landtagsdebatte um die gesundheitliche Daseinsvorsorge: „Durch die ganzen Verzögerungstaktiken auch hier im Land droht im Vorfeld der von Minister Lauterbach geplanten Krankenhausreform ein Kliniksterben. Laut Deutscher Krankenhausgesellschaft laufen aufgrund gestiegener Kosten knapp zwei Drittel aller Krankenhäuser Gefahr, die Reform nicht mehr zu erleben. Mit unserem Antrag wollen wir ein kaltes Krankenhaussterben vor der Reform als auch mit und nach der Reform verhindern. Und wir wollen vor allem die gesundheitliche Grundversorgung der Menschen garantieren.“

Die von Bundesgesundheitsminister Lauterbach angekündigte Revolution der Krankenhausfinanzierung, das Ankündigen der Überwindung der Fallpauschalen ist eine Nebelkerze. Defizitäre Bereiche wie Geburtshilfe, Kindermedizin und Notaufnahme werden als erstes wegbrechen. Die Liquiditätshilfen im Gesetz sind auch nur der Modus linke Tasche, rechte Tasche. Es wird kein zusätzlicher Euro fließen, sondern nur die Zahlungen werden vorgezogen, im Worst Case werden die Pflegebudgets gegengerechnet.

Der Wettbewerb um die knappen Ressourcen ist bereits entbrannt. Er schürt bereits Unsicherheiten beim Personal, aber auch bei den Menschen im Land. Dabei dürfen wir keinen Tag länger tatenlos zusehen. Gesundheitsversorgung ist für die Menschen da, es ist Daseinsvorsorge und keine Profitmaschine. Das Streben nach Profiten hat in den letzten 20 Jahren das Gesundheitssystem zerrüttet. Es darf zu keinen weiteren Schließungen von Stationen und ganzen Einrichtungen kommen. Eine echte Reform wäre gar nicht so kompliziert. Sie würde beinhalten, dass Krankenhäuser die Gelder bekommen, die sie benötigen. Damit gewährleisten sie eine bedarfsgerechte Versorgung und bezahlen ihr Personal angemessen. Dieses Finanzierungsmodell heißt Selbstkostendeckung. Es entfällt der Anreiz, auf dem Rücken der Beschäftigten die Gewinne zu maximieren.“

Damit Sachsen-Anhalt auch morgen noch lächeln kann

Bereits mehrfach hat DIE LINKE den Antrag gestellt, Versorgungsengpässe bei der zahnmedizinischen Versorgung, besonders im ländlichen Raum, entgegenzuwirken, so auch zu dieser Landtagssitzung (Drs. 8/3734). Die Landesregierung muss unterstützende Maßnahmen zur Ansiedlung im ländlichen Raum schaffen. Dazu zählen Versorgungszentren wie das Modell der Polikliniken in kommunaler Trägerschaft. Aber auch das Thüringer Projekt des Gesundheitsbahnhofes gilt es zu prüfen. Fachkräftegewinnung gelingt nur, wenn auch die Lebensbedingungen ansprechend sind. Dazu muss sich die Landesregierung mit den Kommunen aktiv zusammentun, um vor Ort Rahmenbedingungen zu schaffen, die Familien willkommen heißen. Dafür sind Mittel über die Kommunalfinanzierung zur Verfügung zu stellen.

In der Debatte zum Antrag betonte **Nicole Anger**, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion: „Die aktuelle Version des Versorgungsatlasses der Kassenzahnärztlichen Vereinigung liegt uns vor. Diese aktualisierte Prognose bis 2030 darf aber niemanden überraschen. Schockierend sind sie allemal.“ So drohe 8 von 14 Landkreisen bis 2030 eine Unterversorgung bzw. wird eine drohende Unterversorgung prognostiziert. In 13 von 14 Planungsbereichen drohe eine dramatische Verschlechterung der zahnmedizinischen Versorgung. Die zu erwartenden Renteneintritte von Zahnärzt*innen bis 2030 seien um ein Vielfaches höher als die Zahl der Zahnärzt*innen, die in den Job im Land kommen. Für 3 von 5 Praxen gebe es keine Nachfolge!

Für jede vierte Person im Land hieße das längere Wartezeiten auf einen Termin, längere Anfahrtswege, vergebliche Suche nach Neuaufnahme in einer Praxis sowie verstärkter Zulauf in der Notfallversorgung. Hier müsse das Land gegensteuern! Dazu gehörten die Fachkräftegewinnung und -bindung. Dabei seien neben der Ausbildungsfrage auch insbesondere unterstützende Maßnahmen zur Praxisübernahme gerade im ländlichen Raum zu schaffen. Dazu müsse sich die Landesregierung mit den Kommunen aktiv zusammentun, um vor Ort Rahmenbedingungen zu erhalten und zu schaffen, die Familien willkommen heißen. Dazu gehören ÖPNV, Kitaplätze,

Grundschulen in Wohnortnähe, Vereins- und Kulturleben. Dabei seien verschiedene Modelle wie der Polikliniken - also Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft – denkbar.“

Beide Anträge wurden in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen.

#Asylrecht

Bundesweiter Abschiebestopp für Jesid*innen

Trotz des Beschlusses des Bundestages, sich für den Schutz jesidischen Lebens einzusetzen, haben einige Bundesländer mit Abschiebungen begonnen. Pro Asyl hat zur Innenministerkonferenz darauf hingewiesen, dass trotz der Anerkennung der Verfolgung der Jesid*innen als Völkermord durch den Deutschen Bundestag, vermehrt Abschiebungen von Jesid*innen stattfinden. Es ist unverantwortlich, Menschen, die als Opfer eines Völkermords anerkannt wurden, in den Irak abzuschicken. Die Forderung nach einem bundesweiten Abschiebestopp und der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen ist daher dringend geboten. Die Fraktion DIE LINKE appelliert mit ihrem Antrag (Drs. 8/3730) an die Landesregierung, den die für Asyl- und Migrationspolitik zuständige Sprecherin **Henriette Quade** einbrachte, die Abschiebungen von Jesid*innen mit sofortiger Wirkung zu stoppen sowie sich auf Bundesebene für einen sofortigen Abschiebestopp für Jesid*innen einzusetzen.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Inneres und Sport überwiesen.

#Hochschulen

Soziale Lage der Studierenden

Nicht zuletzt die Proteste gegen die Preiserhöhungen für die Wohnheimplätze beim Studentenwerk Halle zeigten, dass die soziale Lage der Studierenden in Sachsen-Anhalt dringend verstärkt ins Auge gefasst werden müsse, erklärte die Fraktion DIE LINKE im April 2023. Laut Antrag sollte die Landesregierung unter anderem eine Bundesratsinitiative für einen Bund-Länder-Hochschulsozialpakt starten, von der in erster Linie der Wohnheimbau profitieren sollte. Auch sollten Studierende in einer sozialen Notlage durch einen Notfallfonds unterstützt werden. Leider folgt der Ausschuss nicht den Forderungen unseres Antrages, sondern beschränkt sich darauf, die bisherigen Schritte zu begrüßen, obwohl sie aus unserer Sicht völlig unzureichend sind, wie der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion **Hendrik Lange** feststellte. Von einem elternunabhängigen BaföG seien wir leider immer noch meilenweit entfernt. Immerhin verkündete der für Hochschulen im Land zuständige Minister, Dr. Armin Willingmann, dass Medizinstudierende im praktischen Jahr demnächst mit dem BaföG-Höchstsatz rechnen können.

Neubau des Mehrzweckgebäudes der Kunsthochschule Burg Giebichenstein realisieren

Der Neubau für die Burg Giebichenstein ist dringend notwendig. Das betont die Fraktion in ihrem Antrag (Drs. 8/3740). Aufgrund der Wegebeziehungen ist die Seebener Straße als Ort für den Neubau ideal. Im Landesinteresse ist es, dass der aus dem Architekturwettbewerb hervorgegangene Siegerentwurf nun schnellstmöglich realisiert wird. Im Bauantrag von 2017 wurden Projektkosten, die aus der vorhandenen Radon-Belastung resultieren, Kosten für den Bodenaustausch, sowie die erforderliche weiße Wanne und Kosten für die Wärmeversorgung mittels Geothermie und Energieversorgung mittels Photovoltaik nicht eingerechnet. Insgesamt gibt das Architekturbüro hierfür über 4,2 Millionen Euro an. Diese müssen der bisherigen Kostengrenze zugeschlagen werden. Den Forderungen nach einer schnellstmöglichen Lösung schlossen sich alle demokratischen Fraktionen im Landtag an. Das Hickhack von Seiten des Finanzministeriums und der Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Landes bezeichnete der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion, **Hendrik Lange** als Provinzposse im Bauhausland.

Der Antrag wurde in die zuständigen Ausschüsse überwiesen

#KiföG

Kinderförderungsgesetz der Linksfraktion abgelehnt

Der Gesetzentwurf der Fraktion aus dem Dezember 2023 verfolgte das Ziel, das Finanzierungssystem der Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt neu zu organisieren. Die derzeitige Praxis der Zuschüsse des Landes über Kindpauschalen sei rechnerisch aufwendig und finanziell wenig verlässlich. Deshalb sollte die Finanzierungssystematik des Gesetzes auf die tatsächlichen Personalkosten des pädagogischen Personals umgestellt werden.

In der Debatte zur Beschlussempfehlung des Kinderförderungsgesetzes im Landtag betont **Nicole Anger**, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE: „Ich bedauere, dass Sie hier eine Gelegenheit verstreichen lassen, um in der Kindertagesbetreuung erforderliche Verbesserungen herbeizuführen. Aber es war erwartbar. In beiden Ausschüssen hatten Sie, werte Vertreter*innen in den Koalitionsfraktionen, keinen inhaltlichen Redebedarf. Das sagt mehr als genug!

Dabei sitzen wir regelmäßig gemeinsam in Runden bei ver.di. Wir bekommen immer wieder genau die Punkte benannt, die wir mit unserem Gesetzesentwurf ändern wollen. Die Elternvertretungen haben uns ausführlich dargelegt, welche Auswirkungen die Situationen in den Kitas hat, wie Betreuungszeiten wegen Personalmangels eingeschränkt werden, wie Öffnungszeiten verkürzt werden, welche Angebote wegfallen müssen.

Die Bürgermeister haben in derselben Runde uns dargelegt, wie der finanzielle Anteil der Gemeinden in den letzten Jahren an den Gesamtkosten gestiegen ist. Es gibt dringlichen Handlungsbedarf. Es braucht daher nicht nur die warmen Worte vor der Tür dieses Hauses, sondern vor allem das aktive Anpacken, um endlich Verbesserungen im KiföG herbeizuführen. Es gilt dringend die Rahmenbedingungen für die Fachkräfte zu verbessern. Dies immer wieder in ferne, in unbestimmte Zukunft zu schieben, ist mehr als fahrlässig.“

#Wirtschaft

Neuansiedlungen ersetzen keine Innovationsstrategie

Aktuell zeigen die Indikatoren Patentanmeldung sowie Forschung und Entwicklung in Sachsen-Anhalt eine stagnierende Entwicklung. Dies gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung Sachsens-Anhalts und zeigt die Schwäche der endogenen Wachstumsfaktoren. Dieses Problem kann nicht durch die Ansiedlung von Produktionsstätten kompensiert werden, wenn die Entwicklungsabteilungen dieser Firmen sich nicht in Sachsen-Anhalt befinden. Deshalb ist es dringend notwendig, die Innovationsstrategie des Landes zu überarbeiten, die bisherigen Fehlstellen offenzulegen und neue Ideen zu entwickeln, so fordert DIE LINKE in ihrem Antrag (Drs. 8/3731).

Die aktuellen Entwicklungen in Sachsen-Anhalts Wirtschaft kommentiert **Wulf Gallert**, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE: „Die Verschlechterung der Stimmung bei den Unternehmen in Sachsen-Anhalt ist Ausdruck einer dramatischen Krisensituation und kein Phantomschmerz. Die fehlende Bereitschaft der Ampelregierung und der CDU für eine dringend notwendige Investitionsoffensive für Bildung, Innovation und Infrastruktur stellt eine massive Bedrohung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt dar. Allerdings liegt das Problem hierfür nicht nur in Berlin. Auch die Landesregierung konzentriert sich in ihrer Wirtschaftspolitik auf Neuansiedlungen, insbesondere auf Intel in Magdeburg und ignoriert dabei weitestgehend die Sorgen regionaler Unternehmen wie der Chef der Schönebecker Ambulanz Mobile in dieser Woche in der Volksstimme deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Weder ist die Ansiedlung von Intel ein Garant für einen Innovationsschub in Sachsen-Anhalt, wie der Ministerpräsident meint, noch ersetzen solche Ansiedlungen die Unterstützung der einheimischen Wirtschaft bei der Gestaltung der Zukunftsfähigkeit. Insbesondere die rote Laterne bei Patentanmeldungen und bei Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Landes Sachsen-Anhalt lassen die Dramatik deutlich werden. DIE LINKE beantragt deshalb für die Landtagssitzung einen Auftrag an die Landesregierung, das bisherige Versagen der Innovationsstrategie des Landes zu analysieren und regionale Unternehmen sowie Hochschulen bei der Patententwicklung und Innovationsförderung zu unterstützen.“

Der Antrag wurde abgelehnt und ein Alternativantrag der Koalitionsfraktionen angenommen.

+ + kurz berichtet + + kurz berichtet + + kurz berichtet +

Zahlreiche Gesetzentwürfe in die Ausschussberatungen überwiesen

Vier Gesetzentwürfe passierten den Landtag in erster Lesung und wurden in die zuständigen Fachausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen. In dem Entwurf des *Landeswaldgesetzes* (Drs. 8/3708) geht es um die Streichung eines bisher bestehenden pauschalen Verbotes, Windkraftanlagen im Wald zu errichten. Damit kommt Sachsen-Anhalt der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2022 nach, die ein solches pauschales Verbot für verfassungswidrig erklärt hatte. Da diese gesetzliche Änderung in der Öffentlichkeit viele Fragen aufwerfen wird, werden wir weiter dazu informieren. In der Debatte sprach die energie- und agrarpolitische Sprecherin der Fraktion **Kerstin Eisenreich**, die unter dem Tagesordnungspunkt 13 angehört und angesehen werden kann.

Durch die von der Landesregierung angestrebte Änderung des Gesetzes über die *Tierseuchenkasse und zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes* (Drs. 8/3717) soll die Tierseuchenkasse zu weiteren Entschädigungsleistungen verpflichtet werden, zum Beispiel, wenn Vieh nur zu Zwecken der Schlachtung außerhalb Sachsen-Anhalts verbracht worden sei oder Tiere nur vorübergehend in andere Bundesländer verbracht worden seien und dort eine behördliche Tötungsanordnung ausgesprochen worden sei. Zum anderen soll die Zuständigkeit in der Tierseuchenbekämpfung bei kreisübergreifenden Tierseuchengeschehen klargestellt werden.

Um die *Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs* auch vor dem Landesverfassungsgericht auf eine rechtssichere Grundlage zu stellen, bedarf es einer Anpassung der Verfahrensvorschrift. Im Ergebnis des Gesetzentwurfs der Landesregierung (Drs. 8/3732) soll ein Gleichlauf mit den Anforderungen gewährleistet werden, der auch in den übrigen Bereichen der Justiz gelte.

Nach dem großen Hochwasserereignis im August 2002 an der Elbe hatten die Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen-Anhalt beschlossen, für die zukünftige Entscheidung über die Flutung der Havelpolder und die Verteilung der Kosten unter Einbeziehung der Länder Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern einen Staatsvertrag abzuschließen. Dieser trat am 27. August 2008 in Kraft. Nach dem Hochwasser 2013, bei dem die *Havelpolder* erneut geflutet wurden, bat Schleswig-Holstein, dem *Staatsvertrag* beizutreten. Dadurch war eine Neufassung des Staatsvertrags (Drs. 8/3733) erforderlich, der nun noch vom Landtag beschlossen werden muss.

Bildungsministerin Feußner bleibt weiter wichtige Antworten schuldig

In der Regierungsbefragung sei Ministerin Feußner weiterhin die Antworten auf zentrale Fragen im Zusammenhang mit der ihrem Haus vorgeworfenen Postenschieberei und einer darauffolgenden Vertuschungsaktion schuldig geblieben, betonte **Thomas Lippmann**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher. „Statt sich zu einer vorbehaltlosen Aufklärung zu bekennen, hat die Bildungsministerin lieber Vorwürfe in Richtung der Medien erneuert, eine Hetzkampagne mit gefälschten E-Mails zu betreiben und nur mit Gerüchten sowie Unterstellungen ohne handfeste Beweise zu arbeiten.“

Kein Vizepräsident der AfD

Auch der erneute Anlauf der Fraktion der AfD, einen Vizepräsidenten aus ihren Reihen wählen zu lassen, schlug fehl. Hagen Kohl erhielt nicht die erforderlichen Stimmen.

#In eigener Sache

WhatsApp-Kanal der Fraktion

Wer aktuelle Informationen unserer Landtagsfraktion unkompliziert auf dem Handy erhalten möchte, kann mit dem QR-Code unseren WhatsApp-Kanal abonnieren.



Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 26. Februar 2024

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Februar 2024 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.